

Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 225-2015
Vorstossart: Interpellation
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2015.RRGR.879

Eingereicht am: 07.09.2015

Fraktionsvorstoss: Ja
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: SVP (Sutter, Langnau i.E.) (Sprecher/in)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Ja
Dringlichkeit gewährt: Ja 09.09.2015

RRB-Nr.: vom
Direktion: Polizei- und Militärdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert
Antrag Regierungsrat:



Asylwesen im Kanton Bern - Fakten und Transparenz für eine sachliche Diskussion

Angesichts der Missstände im Asylwesen ist es für eine sachliche Diskussion zentral, dass die relevanten Fakten bekannt sind. Dies gilt insbesondere für die Lasten und Kosten, die durch den Kanton und die Gemeinden zu tragen sind. In Kenntnis dieser Fakten sind in einem zweiten Schritt Massnahmen zu ergreifen, um die Missstände zu beheben.

Der Regierungsrat wird um die Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Wie hoch sind die kantonalen Kosten (Administration, Betreuung, Versorgung) für Asylsuchende, vorläufig aufgenommene Personen, vorläufig Aufgenommene und anerkannte Flüchtlinge insgesamt sowie pro Person im Durchschnitt (nach Personengruppe) in den Jahren 2013, 2014 und in der ersten Jahreshälfte 2015?
2. Wie hoch waren die kantonalen Kosten, die in den Jahren 2013, 2014 und in der ersten Jahreshälfte 2015 für Beschäftigungsprogramme für Asylsuchende, vorläufig aufgenommene Personen und anerkannte Flüchtlinge und wie viele Personen kamen jeweils in den Genuss solcher Programme?

3. Mit welchen zusätzlichen Kosten rechnet der Regierungsrat für die Gewährleistung der Sicherheit in den und um die kantonalen Asylzentren?
4. Mit welchen zusätzlichen Folgekosten (Integration, Sozialhilfe etc.) rechnet der Regierungsrat angesichts der steigenden Zahl von Personen im Asylwesen?
5. Trifft es zu, dass alle UMAs unabhängig von ihrer Unterbringung einer Gemeinde zugerechnet werden, und falls ja, warum?

Begründung der Dringlichkeit: Der Zustrom an Personen nach Europa und in die Schweiz hält an, und eine Klärung über die Kosten, die auf den Kanton und die Gemeinden zukommen, ist dringend nötig, um entsprechende Planungen vorzunehmen.

Verteiler

- Polizei- und Militärdirektion
- Grosser Rat